

Promi-Trio kämpft für Stadion

Die Befürworter des geplanten Fussballstadions erhalten prominente Unterstützung: Rita Fuhrer, Roger Schawinski und Beat Schlatter erklärten gestern, weshalb sie trotz Fangewalt und Luxuswohnungen für das Projekt sind

VON HEINZ ZÜRCHER

Lange schien das neue Fussballstadion beim Zürcher Hardturm auf gutem Weg. Bis gewaltbereite Fans und Kravalle den Befürwortern einen Dämpfer nach dem andern versetzten. Dazu kamen der alternative Vorschlag der SP für ein von der Stadt finanziertes Stadion und die Kritik an den zwei 137 Meter hohen Wohntürmen mit ihren Luxuswohnungen.

Nun wollen die Projektbeteiligten und Befürworter die Aufmerksamkeit wieder zurückerobern. Ins Rennen schicken sie dazu ein prominentes Trio um alt Regierungsrätin Rita Fuhrer (SVP), Komiker Beat Schlatter und Medienpionier Roger Schawinski. Sie führen das Pro-Komitee an, das gestern vor den Medien seinen Kampf für die Abstimmung vom 25. November lancierte.

Künzlis Frisur

Fuhrer, Schlatter und Schawinski - alle drei in weissen Turnschuhen - outeten sich dabei als grosse Fussballfans. Bei Schawinski begann das so: «Wegen des Fussballs bin ich aus dem Gymi geflogen. Es war 1958, WM in Schweden, und ein 17-jähriger Fussballer namens Pelé begeisterte mich. Ich wollte keinen Match verpassen und vernachlässigte dadurch die Schule. Seither ist Fussball meine Leidenschaft.»

Beat Schlatter schwärmte dagegen für die beiden FCZ-Legenden Fritz Künzli und Daniel Jeandupeux. Von

«Wenn man wegen der Chaoten Nein stimmt, bestraft man die Falschen. Von den 10 000 Fans sind 9800 keine Hooligans.»

BEAT SCHLATTER SCHAUSPIELER UND KOMIKER

Ersterem gefiel ihm die Frisur («Ich ging mit seinem Foto zum Coiffeur») und von Letzterem die Lebensgefährtin («Ich holte mir 25 Autogrammkarten von ihm, aber nur, weil oft seine Freundin im Negligé in der Tür stand»).

Rita Fuhrers Fussballherz schlägt für GC. Und das bereits seit 40 Jahren. Doch seit das Team die Spiele nicht mehr im alten Hardturm, sondern im Letzigrund austrage, sei die Stimmung nicht mehr dieselbe. «Begeisterung entsteht durch Nähe», sagte Fuhrer, und die fehle im Letzigrund wegen der Leichtathletikbahn. Sie sei überzeugt, dass im neuen, reinen Fussballstadion



Outeten sich als grosse Fussballfans: Alt Regierungsrätin Rita Fuhrer, Medienmann Roger Schawinski und Komiker Beat Schlatter.

KEYSTONE

Fans und Mannschaft wieder aufblühen würden.

Dass nun gewaltbereite Fans das Projekt mit dem Namen «Ensemble» gefährdeten, sei fatal, sagte Schawinski. Die Gewaltproblematik sei ernst zu nehmen, aber man müsse sie auf einer anderen Ebene lösen. Schlatter ergänzte: «Wenn man wegen der Chaoten Nein stimmt, bestraft man die Falschen. Von den 10 000 Fans sind 9800 keine Hooligans.»

Investition mit PK-Geldern

Genauso ärgert sich Schlatter über die Diskussion um die beiden Wohn- und Gewerbetürme, mit denen die Investoren Credit Suisse den Stadionbau querfinanzieren will. Er sei darauf angesprochen worden, wie er nur ein Projekt mit Luxuswohnungen unterstüt-

zen könne, sagte Schlatter. Diese Kritiker würden ausblenden, dass ohne die Türme weder die 300 günstigen Genossenschaftswohnungen noch 500 Wohnungen mit mittleren Mietpreisen

«Wir investieren Pensionskassen-Gelder in ein Anlageprojekt, um dadurch Renten zu garantieren. Was ist falsch daran?»

REMO RÜTTIMANN ASSET MANAGER DER CREDIT SUISSE

realisiert würden. Beim Thema Wohnungen schalteten sich am gestrigen Komitee-Start auch die Projektpartner von Credit Suisse, HRS und Allgemeine Wohnbaugenossenschaft (ABZ) ein. Sie

hatten bis dahin den prominenten Vordnern die Bühne überlassen. Remo Rüttimann vom Asset Management der Credit Suisse sagte, dass die beiden Hochhäuser für die Querfinanzierung des Stadionbaus nötig seien - auch die vergleichsweise teuren Wohnungen, die allerdings nur in den oberen zwei Etagen gebaut würden. «Es sind nur wenige, aber die braucht es für die Gesamtfinanzierung.»

Die übrigen Mieten würden sich auf vernünftigem und angemessenem Niveau bewegen, mit Preisen ab 2200 Franken für eine Dreieinhalbzimmer-Wohnung. «Das ist kein Luxus. Für eine vergleichbare Wohnung zahlt man in Zürich durchschnittlich 2500 Franken.» Rüttimann erklärte zudem, womit die CS in die beiden Bauten investiere. «Das ist nicht Geld, mit dem die

Credit Suisse spekulieren will. Wir investieren Pensionskassen-Gelder in ein Anlageprojekt, um dadurch Renten zu garantieren. Was ist falsch daran?»

Mit Schlatter diskutieren

Die Spitze des Pro-Komitees, dem nebst dem Promi-Trio auch die Fussball-Nationalspieler Meriame Terchoun und Marcel Cornioley vom Stadtzürcher Fussballverband angehören, will sich bis zur Abstimmung der breiten Bevölkerung stellen. Quartiervereine und andere Organisationen können die Mitglieder des Komitees für Diskussionsrunden einladen.

Auch die Vertreter der Projektmitglieder Credit Suisse, ABZ und HRS sowie der beiden Fussballclubs FCZ und GC wollen sich für Informationsanlässe zur Verfügung stellen.

SVP-KREISPARTEI

Anwalt Landmann nominiert

Der bekannte Anwalt Valentin Landmann ist von der SVP-Kreispartei 7+8 für die Zürcher Kantonsratswahlen vom März 2019 nominiert worden. Die Partei setzte ihn als «Zugpferd» auf den ersten Platz der Liste. Valentin Landmann sei an einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung am Donnerstagabend einstimmig gewählt worden, teilte die SVP-Kreispartei mit. Bereits im März hatte der 68-jährige Anwalt eine entsprechende Anfrage der Kreispartei angenommen. Damals wurde er jedoch nicht offiziell nominiert, da dies einigen zu schnell ging. Zudem wollte die kantonale SVP zuerst eine Gesamtstrategie über alle 18 Wahlkreise erarbeiten. Im Frühjahr sagte Landmann, dass er kein Parteisoldat sei, er werde parteiintern schon seine «Schnorre» aufreissen. Gefällte Entscheide werde er aber selbstverständlich mittragen. (SDA)

CVP kämpft gegen die «Prämienfalle»

Die Mitte-Partei will den Kanton Zürich stärker in die Pflicht nehmen. Deshalb soll er gleich viel an die Prämienverbilligung bezahlen wie der Bund.

VON LINA GIUSTO

Die ersten Unterschriften wurden bereits am Freitagmorgen gesammelt: Die CVP hat ihre Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» lanciert. Ziel der Vorlage ist, dass der Kanton Zürich gleich viel in den Topf der Prämienverbilligung einbezahlt wie der Bund - also 100 Prozent. Dies könnte zu Mehrkosten von 90 Millionen Franken für den Kanton führen.

Im Zuge von Sparmassnahmen wurde 2012 der kantonale Beitrag an die Prämienverbilligung auf 80 Prozent reduziert. In diesem Zusammenhang

sprach Kantonsrat Lorenz Schmid (CVP, Meilen) gestern vor den Medien auch von einem «sozialpolitischen Scherbenhaufen». Gespart werde nämlich auf dem Rücken der sozial Schwächeren. Die Reduktion der Beiträge führte seit 2012 dazu, dass «der untere Mittelstand keine Unterstützung mehr erhält», wie Kantonsrat Josef Widler (CVP, Zürich) sagt. Auch der anwesende Nationalrat Philipp Kutter fand klare Worte dafür, dass der Kanton Zürich seinen Finanzhaushalt auf dem Rücken der ärmeren Bevölkerung saniert: «Er stiehlt sich aus seiner sozialpolitischen Verantwortung.»

Paralleles Ausfechten

Die Prämienverbilligungen sind derzeit auch Gegenstand von Diskussionen in der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG). Dort wird die Revision des Krankenversicherungsgesetzes beraten, worin auch die Prämienverbilligung geregelt ist. Ursprüng-

lich wollte die Regierung ihre Beiträge an die Prämienverbilligung von aktuell 80 auf 70 Prozent senken und damit 40 Millionen Franken sparen. Zuerst sprang die GLP von diesem Sparpunkt ab, dann folgte vor einem Monat die SVP. Die SP, Grüne und AL kämpften seit Beginn der Gesetzesrevision für Mehrausgaben bei den Beiträgen an die Prämienverbilligungen. Damit dürfte die Vorlage von Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) im Kantonsrat nicht mehr mehrheitsfähig sein.

Hinsichtlich der anderen Punkte, die die Prämienverbilligungen betreffen, ist Heinigers Vorlage weitgehend unbestritten. So sollen künftig junge Erwachsene von vermögenden Eltern keine Verbilligungen mehr erhalten können. Künftig soll das Familieneinkommen bei der Einschätzung relevant sein. Auch Hauseigentümer sollen künftig nicht mehr in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen dürfen. Sie können ihr Einkommen nämlich

mit Sanierungsabzügen künstlich tief halten.

Obwohl sich die SP bereits im August für den CVP-Antrag in der parlamentarischen Kommission ausgesprochen wie auch Unterstützung der nun lancierten Volksinitiative zugesagt hat, überrascht der Alleingang der Mitte-Partei. «Wir sind selbstbewusst genug», kommentiert Schmid den Entscheid. Die Partei hat nun sechs Monate Zeit, die benötigten 6000 Unterschriften zu sammeln.

Hinsichtlich Gesundheitskosten läuft kantonale wie nationale viel. Die CVP Schweiz lancierte Anfang Jahr eine Volksinitiative für eine «Kostenbremse im Gesundheitswesen». Erst am Donnerstag hat die SP Schweiz eine Idee präsentiert, welche die Krankenkassenprämien bei Personen mit tiefem Einkommen auf maximal zehn Prozent des Gesamtlohnes begrenzen soll. Im Dezember entscheidet die Partei, ob sie diese auch tatsächlich lancieren will.